

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telefon 41.

Redakteur: Paul Jorjick in Viebrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich.

Stillegation in Hochheim: Jean Lauer.

Anzeigenpreis: für die 6 Spalten
Zeilenlänge oder deren Raum 20 Pfg.,
Reklameweile 60 Pfg.

Nr. 117.

Dienstag, den 7. Oktober 1919

Postfachkonto:
Frankfurt (Main) Nr. 1111

13. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Nr. 603.

Bekanntmachung.

1. Hauschlachtungen.
Für die zur Hauschlachtung bestimmten Schweine, Rinder und Schafe, die dem Kreisamt zur Anmeldung gelangt sind, kann vom 10. Oktober d. J. ab, unter Benützung des auf der Rückseite der Anmeldung befindlichen Antrags bei der Kreisfleischstelle der Genehmigung beantragt werden. Da die Gültigkeitsdauer der Genehmigungen immer nur auf kurze Zeit befristet ist, so sind die Anträge stets erst einige Tage vor der Schlachtung einzureichen. Verlängerungen können nur in dringenden Fällen bewilligt werden. Verlässliches Erscheinen auf der Kreisfleischstelle ist möglichst zu vermeiden, da Genehmigungen außer der Reihe mit annahmeweise erfolgen können. Infolge der hohen Preise für Papier und Druck der Formulare, ist die Kreisfleischstelle gezwungen, für jede Schlachtgenehmigung eine Gebühr von 1 Mark zu erheben. Die Gebühr wird bei Empfangnahme des Schlachtbescheides erhoben.

2. Fleischschlachtungen.

Der Fleischschlächter beginnt die Tierart bei einer Fleischschlachtung dem Schlächter eine Bescheinigung auszustellen, aus der die Art der Erkrankung und das Schlachtgewicht zu ersehen ist. Der Schlächter hat dem Kreisamt innerhalb 24 Stunden nach der Schlachtung diese Bescheinigung am besten persönlich oder durch Boten vorzulegen. Erfolgt die Anmeldung einer Fleischschlachtung nicht in der angegebenen Zeit, so wird die als Fleischschlachtung angesehen und das Fleisch verfällt ohne Entgelt dem Kommunalverbande.

Falls das Fleisch aus der Fleischschlachtung ganz oder zum Teil im Besitze des Eigentümers des geschlachteten Tieres verbleibt, ist für diese Verbleibung ebenfalls eine Gebühr von 1 Mark an die Kreisfleischstelle zu erlegen.

Die Kreisfleischstelle und Gemeindevorstände ersuche ich um wiederholte rechtliche Bekanntmachung vorstehender Anordnung.

Wiesbaden, den 4. Oktober 1919.

Der Vorsitzende des Kreisamtes.
Dr. Schmitt.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Der Reichspräsident Ebert in Frankfurt.

In Frankfurt, 3. Oktober. Reichspräsident Ebert ist heute vormittag hier zur Besichtigung der ersten internationalen Einheitsmesse eingetroffen. Er begab sich direkt zum Bahnhof nach der Reichsallee, wo er von Stadtrat Dr. Reinmann mit einer Ansprache begrüßt wurde. Die Einheitsmesse sei ein Beweis des Vertrauens zwischen den Völkern. Sie sei ferner ein Beweis des Vertrauens in die wirtschaftliche Selbstbestimmung der arbeitenden Stände, weiter aber auch ein Mittel, das Vertrauen des Auslandes zu erwerben, das wir vor allem brauchen, um unsere Wirtschaft durch Rohstofflieferung und Absatzverbesserung wieder in geordnete Bahnen zu bringen. Es werde uns vertrauen, wenn wir uns selbst vertrauen. Der Präsident antwortete darauf mit folgenden Worten: Der warmherzige Appell des Vertrauens und des Optimismus, den Sie beim Betreten der Frankfurter Messe an mich richtete, findet bei mir freudigen Widerhall. Wir müssen es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, die Kräfte im deutschen Wirtschaftsleben mit allen Mitteln wieder zu beleben und zu fördern. Das Vertrauen und Zusammenarbeiten aller lebendigen Kräfte unseres Volkes, Bürger wie Arbeiter, sind, wie Sie hervorheben, Faktoren, die uns die Gesundung unseres inneren Wirtschaftslebens verbürgen. In gemeinsamer Arbeit wird es auch uns gelingen, die Waren wieder anzuknüpfen, die uns mit dem Ausland verknüpfen. Frankfurt hat auf diesem Wege mit der Eröffnung der Einheitsmesse einen mutigen Schritt getan. Möge ihm reicher Erfolg beschieden sein.

Frankfurt a. M., 3. Oktober. Nach einer eingehenden Besichtigung der Messebaustellen und der Stände emob Oberbürgermeister Bögel dem Reichspräsidenten den Willkommengruß. Er sagte u. a.: In Ihrer Person verkörpert sich das staatliche Leben des neugegründeten deutschen Vaterlandes. Auf Ihnen lastet die Verantwortung für die künftige Entwicklung und die Sorge um das weitere Schicksal unseres schwerelenden Volkes. Deshalb ist es uns Frankfurtern, die wir über Ihren Besuch lebhafteste Freude empfinden, bei Ihrer Anwesenheit in unseren Mauern ein lebhafter Wunsch, daß Sie erleben möchten, was einem Deutschen, insbesondere wenn er an so hoher Stelle steht, jetzt so selten vergönnt, nämlich Freude. Nach Ausführungen über den Wiederaufstieg des deutschen Wirtschaftslebens und über die gegenwärtige Messe schied der Herr: So ist das, was wir Frankfurter unternehmen haben, und was von der Reichsregierung in so verständnisvoller, dankenswerter Weise gefördert werden ist ein erster Schritt, denn viele Aufgaben, die hier und anderwärts. Was es Ihnen ein Zeichen dafür sein, daß die Reichsregierung bei der gewaltigen und schweren Aufgabe, die zu lösen ist, das deutsche Volk mit Kräfte und Händen hinter sich hat und daß trotz aller Mühen und Zuckungen alle deutschen Männer und Frauen sich von Tag zu Tag mehr an das Gewöhnen werden, was sie sein wollen, Vaterlands- und Reichsbürger. Reichspräsident Ebert dankte für den freundlichen Willkommengruß und führte dann aus: Frankfurt war immer eine der hoffnungsfreudigsten Städte. Mit ihrem Fleiß, ihrem Fleiß und nie wankendem Mut hat Frankfurt aus eigener Kraft sich zu höchster Blüte emporgearbeitet. Ich besuche heute zum zweiten Male in kurzer Zeit eine deutsche Messe, und wie vor wenigen Wochen in Leipzig, so tritt mir auch diesmal in der alten Handelsstadt Frankfurt das eindrucksvolle Bild eines nach Jahren schweren Dornenlebens wiedererstandenen lebendigen Wirtschaftslebens entgegen. Für den ersten Willen und die Kraft der deutschen Industrie, trotz aller Schwierigkeiten wieder vorwärts zu kommen, spricht die überaus starke Beschäftigung der Frankfurter Messe. Besonders erfreulich ist aber, daß auch

zahlreiche ausländische Aussteller gekommen sind, die damit den Willen bekunden, der ganz Deutschland erfüllt, nämlich die Völker wieder in weltwirtschaftlichen Verkehr und in gemeinsamer Kulturarbeit zu verbinden. Europas und Deutschlands Schicksal sind eng miteinander verbunden, ja ich glaube, heute mehr denn je, Deutschland ist bereit, bei der gemeinsamen Wiederaufbau des Völkerrechts nach Kräften mitzuwirken und seine Wirtschaftspolitik einzustellen. Nimmt man aber Deutschland die Möglichkeit, am friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb der Völker teilzunehmen, wird Deutschland der Weg zum Wirtschaftsleben der Völker versperrt, dann unterbindet man seine Lebensader, dann hindert man es auch an der Erfüllung der ihm auferlegten Bedingungen. Die Friedensbedingungen zwingen uns, bis zur äußersten Grenze der Selbstausopferung zu gehen. Unerschütterlich zur Steigerung der Arbeitsleistung unseres Volkes ist die Förderung der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen. Wir brauchen auch Hilfe bei der Hebung unseres zerrütteten Geldverkehrs. Das müssen unsere kühnen Gegner einsehen. Deshalb werde ich mich besonders an unsere ausländischen Gäste. Sie, meine Herren aus fremden Ländern, sagen Sie bitte Ihren Landesleuten, daß wir mit den Mitteln am Wiederaufbau der Welt mitwirken werden, die Sie hier auf der Frankfurter Messe in Warenform vor sich sehen: mit deutscher Fleißarbeit und Fleiß, mit der hohen Qualität deutscher Arbeit! Helfen Sie uns als Vermittler, vor allem aber helfen Sie uns als Dolmetscher unserer aufrichtigen Wünsche, dann wird durch die Frankfurter Messe ein neuer Stein dem mächtigen Bauwerk der Völkergemeinschaft eingefügt werden, das aufgerichtet unsere und unserer Kinder Lebensarbeit sein wird.

Neue Minister.

In Berlin, 3. Oktober. Auf Vorschlag des Reichskanzlers berief der Reichspräsident auf Grund des Art. 53 der Verfassung Reichsminister a. D. Schiffer zum Reichsminister der Justiz, Oberbürgermeister Koch zum Reichsminister des Innern und bekannte Schiffer zugleich mit der Befreiung des Reichskanzlers. Die Befreiung des neu gebildeten Ministeriums für den Wiederaufbau erfolgt voraussichtlich in den nächsten Tagen. Minister Dr. David wird der Reichsregierung als Minister ohne Portfeuille angeordnet.

In der Nationalversammlung hat der Reichsminister Schuler mitgeteilt, daß in Preußen in normalen Zeiten jährlich 200 000 Wohnungen erforderlich sind, die früher 14 Millionen Mark gekostet haben. Heute haben sich die Baukosten mindestens verdoppelt. Solche Summen aus Reichsmitteln aufzubringen werden den übrigen Ländern des Reiches unmöglich. Die Beiträge auf Baukostenzuschüsse haben sich in letzter Zeit so vermehrt, daß auf diese Weise Bauwerk überhaupt nicht gebaut werden kann. Die Arbeitsverhältnisse haben zu Preissteigerungen noch mit beigetragen. Es wird nach Möglichkeit dafür gesorgt werden, daß die billigen Wünsche berücksichtigt werden. Selbstverständlich wird die Reichsregierung für die besetzten Gebiete ganz besonders sorgen; sie wird, wenn nötig, durch selbständiges Vorgehen in den besetzten Gebieten durchgreifend dem Wohnungsmangel abhelfen. (Beifall.) Über Bauarbeiten ist viel geredet und geschrieben worden, aber die praktische Ausführung läßt nach zu wünschen übrig. (Widerpruch.) Über auch dieses Problem wird mit Aufmerksamkeit behandelt, um zunächst größere Kreise dafür zu interessieren und die praktische Durchführung dieser Bauwerke vor Augen zu führen. Die Anforderungen für Baracken sind in nächster Zeit ganz außerordentlich, so daß auf durchgreifende Hilfe mit diesem Mittel nicht verzichtet werden darf. Die Regierung ist ebenfalls bestrebt, alles Nötige zur Verbesserung des Wohnungswesens zu tun. (Beifall.) In Folge der Besprechung ergreift der Wohnungsausschuss, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, das Wort und teilt mit, daß durch eine Verordnung der Bau von Luxuswohnungen, zu denen namentlich die Kinobauten gehören, verboten worden sei. Die Ausführung überflüssiger Bauten solle in Zukunft mit hohen Geldstrafen bis zu 100 000 Mark belegt werden. Statt der bisherigen mangelhaften Bauordnung ist eine Ausbesserung herausgegeben worden, die für die niedrige Bauweise erhebliche Einschränkungen und auch dem Hauswert den wesentlichen Förderung bringen wird. Der liberale Redner dankte, indem er insbesondere auf die Dankpflicht hin, den hunderttausenden Kriegsteilnehmern ein ordentliches Heim zu bieten, und erbat die Hilfe der Regierung für die Gemeinden im Westen zur Wiederherstellung der durch den Rückmarsch der Truppen zerstörten Dörfer, die vollkommen neu gebaut werden müßten.

Berlin. Der Ausschuss der Preussischen Landesversammlung nahm den Antrag über die Errichtung einer besonderen Provinz Oberschlesien und die erweiterte Zuständigkeit der Provinzialverbände in der dritten Lesung an. Nach einer Erklärung der Regierung wird der dem Zentrum anhängige Regierungspräsident von Oppeln, Bitter, mit den Schätzern des Oberpräsidenten betraut.

Die Zukunft des deutschen Handels. In Hamburg hat am Freitag die Großhandelswoche begonnen, an der auch der Reichswirtschaftsminister teilnahm, der in längerer Rede über die Zukunft des deutschen Handels sprach, worin er die Kriegs- und Nachkriegswirtschaftsbedingungen bezeichnete. Die Aufstellung eines Wirtschaftsplanes auf lange Sicht sei bei der außerordentlichen Lage unmöglich. Die Aufnahme günstiger ausländischer Kredite zur Befreiung der unrentablen Schwämmung der Marktwerte sei angelehnt. Der Minister stellte die Freigabe der Einfuhr für eine Reihe weiterer Rohstoffe in Aussicht. Der Minister wies dann auf das allmähliche Erweichen des Produktionswillens im deutschen Volk hin und schloß mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß, wenn auch eine an harter Arbeit überreiche Zeit vor uns liegt, so auch eine Zeit des Wiederaufbaus, in der der deutsche Handel wieder eine seiner Bedeutung entsprechende Stellung einnehmen werde.

Verkehrsfragen. Der Reichsverkehrsminister Dr. Reil wollte am letzten Donnerstag in München. Er hatte dort eine Konferenz mit dem bayerischen Verkehrsminister und empfing dann die Vertreter der Verkehrsvereinigungen, des Landtages und der Presse, vor denen er sein Verkehrsvereinigungsprogramm entwickelte. In die Spitze des Programms stellte der Reichsver-

kehrsminister den Satz: „Verkehrseinheit mit weitgehendster Dezentralisation!“ Bei der Durchführung der Vereinheitlichung werde auf die berechtigten Wünsche und die Eigenart der Länder und Stämme Deutschlands alle Rücksicht genommen werden. So sei bereits am 1. April 1921 eine oberste Zentralverkehrsbehörde in München zu errichten. Diese Zentralverkehrsbehörde, führte der Minister nach der „Münchener Augsburger Abendzeitung“ aus, soll den großen Schach Bayers selbständig verwalten und in der Hauptsache aus Landeskindern zusammengesetzt sein. Sie soll die oberste Instanz für die ihr unterstellten Angelegenheiten sein. Es ist selbstverständlich, daß alle Neuerungen, die sich in Bayern auf dem Verkehrsgebiet betreffen, auch auf das Reich übernommen werden.

In Paris, 3. Oktober. Havas. Die Blätter bezeichnen die Annahme des Friedensvertrages als ein glückliches Ereignis und heben hervor, daß die beträchtliche Mehrheit, die für die Annahme stimmte, für die Inkraftsetzung des Vertrages eine besondere Stütze bedeute. Mehrere Blätter, besonders der „Reit Parisien“, bemerken, daß die Inkraftsetzung durch den amerikanischen Senat nicht mehr zweifelhaft sein könne. Die eindrucksvolle Abstimmung in der französischen Kammer würde mächtig dazu beitragen. Die gesamte Presse gibt dem künftigen Ausbruch, daß die Inkraftsetzung des amerikanischen Senats möglichst bald erfolgen möge, damit durch die Inkraftsetzung aller Klauseln des Vertrages sobald wie möglich der unversöhnte Friedenszustand eintrete.

Beihmann Hollweg über Friedensbemühungen im Jahre 1915.

In den „Hamburger Nachrichten“ hat Dr. W. Spidernagel über einen deutschen Besuch vom Juli 1915, mit Russland zum Frieden zu kommen, berichtet. Auf eine Anfrage macht der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. v. Beihmann Hollweg dem Herausgeber der „Hamburger Nachrichten“, Prof. Hans Delbrück, dazu folgende Mitteilungen:

Die Angaben Dr. Spidernagels sind in fast allen wesentlichen Punkten irrtümlich. Folgt die zunächst die Meinung des Mitarbeiters der „Hamburger Nachrichten“, als hätte es eine Anregung der Obersten Heeresleitung bedurft, um im Juli 1915 Verhandlungen mit Petersburg über Friedensmöglichkeiten zu suchen. Tatsächlich hatten wir schon längere Zeit vor dem Juli des genannten Jahres durch verschiedene Mittelsmänner die Stimmung in Petersburg sondieren lassen. Was insbesondere die Willen des in dem Artikel genannten dänischen Staatsrats Andersen betrifft, so reichen die Anfänge der mit unserer Kenntnis und Förderung unternehmen Bemühungen dieses hochverehrten Mannes bis zum Beginn des Jahres 1915 zurück. Sein Petersburg-Besuch verlief ebenso ergebnislos, wie seine vorhergehenden Reisen in die russische Hauptstadt. Folgt ist, daß in jenem Moment eine günstige Verhandlungsbasis vorhanden gewesen sei. Vielmehr stellte sich heraus, daß man in Petersburg unsere militärischen Erfolge nicht so hoch einschätzte, um den Schritt zu Verhandlungen über einen Sonderfrieden als geboten zu erachten. Der Zar hielt daran fest, daß er an sein Wort gebunden sei, nur gemeinsam mit seinen Alliierten Frieden zu machen. Die militärischen Kreise wollten von einem Frieden mit Deutschland erst etwas wissen, wenn wir vernichtend wären. Die öffentliche Meinung war noch völlig westlich orientiert und perhorreszierte jede Annäherung. Was den Leiter der russischen auswärtigen Politik, Sazonow, betrifft, so war er, der sich ganz nach den Wünschen der Londoner und Pariser Konferenz richtete, kein Wort zu sprechen, das nach Frieden klang. Nach dem Gesamtanstand des Einsatzes Anderen war der psychologische Augenblick zu Verhandlungen jedenfalls damals nicht gekommen. So war jedes eigentliche Friedensangebot unmöglich. Überdies hatten wir in Petersburg ausdrücklich wissen lassen, daß wir bereit wären, mit Russland einen durchaus billigen, die Zukunft sichernden Frieden zu schließen, der unter Wahrung der nachbarlichen Interessen den rechten und natürlichen Lebensbedingungen Russlands volle Rechnung tragen würde. Wir hatten auch angeboten, daß wir eine Gegenleistung nach unserer Auffassung nach an unsere Grenzen noch im Orient bestünden. Und wir hatten gleichzeitig durch einen anderen Kanal die Russen wissen lassen, daß die Türkei sich durch unsere Vermittlung bereitwillig lassen würde, Russland gewissermaßen für die freie Durchfahrt durch die Dardanellen zu gewähren. Zur Unterhaltung dieses sorgfältig vorbereiteten Friedensfühlers wurde um die gleiche Zeit die Hilfe von Persönlichkeiten in Anspruch genommen, die mit dem Petersburger Hof in vertrauten Beziehungen standen. Man wird nicht sagen dürfen, daß von deutscher Seite etwas versäumt worden sei, um die damalige militärische Lage für eine Annäherung des Friedens auszunutzen. Zutreffend weist dann der Artikel der „Hamburger Nachrichten“ darauf hin, daß unser Friedensfühler in England alsbald bekannt geworden ist. Auch die russische Presse nahm sehr schnell mit Entschiedenheit gegen eine Annäherung Stellung. In der Reichsdruck wurden scharfe Reden gehalten und am 11. August fand die ganze Angelegenheit mit einem Beschluß des russischen Ministerrats unter Vorbehalt des Jaren ihren Abschluß: Es wurde, wie die russische offizielle Presse berichtet, der früher gefasste Beschluß über die Unmöglichkeit bekräftigt, auf irgend welche Friedensverhandlungen auch nur zu antworten, bevor ein endgültiger Sieg errungen ist, obwohl von feindlicher Seite scheinbar vortreffliche Bedingungen angeboten wurden.“ Nach Bekanntwerden der Reichsdruckabendeiten ließ sich dann, der nunmehr geklärten Situation entsprechend, der Chef des Generalstabes wissen, daß von einem offiziellen Angebot unsererseits an Russland wohl nicht mehr gesprochen werden könne.

Am Schluß betont Herr v. Beihmann Hollweg noch, daß er der Obersten Heeresleitung gegenüber den Standpunkt vertreten habe, daß die Möglichkeit des Sonderfriedens mit Russland nicht außer Betracht gelassen und der möglichen Entwicklung nicht durch Behandlung der politischen Frage präjudiziert werden dürfe. Darüber, wie dieser Standpunkt mit der späteren politischen Politik Herrn v. Beihmann Hollwegs vereinbar ist, wird man wohl von dem zweiten Teil seiner Erinnerungen Aufschluß erwarten dürfen.

Nach Treppel „Erinnerungen“.

Aus dem Kapitel „Hauptfragen des Krieges“.

Es erschien mir damals (August 1914) vor allem wichtig, die englischen Flottenlinien zu durchschneiden und nach Calais zu kommen. Alles übrige wäre uns leichter gefallen, wenn wir erst die Engländer durch Abzweigen von den Kanälen gezwungen hätten, die Überführung nach Cherbourg oder gar nach Brest vor-



